

Statement Martin Keßler, Leiter Diakonie Katastrophenhilfe

Pressekonferenz Diakonie Katastrophenhilfe und Brot für die Welt zur humanitären Lage in der Ukraine am 19. Februar 2026 - Es gilt das gesprochene Wort.

Ich begrüße Sie zur Pressekonferenz der Diakonie Katastrophenhilfe anlässlich des 4. Jahrestags des russischen Einmarschs in die Ukraine und zur aktuellen humanitären Lage.

Ich war vergangene Woche drei Tage in Kyjiw und habe erfahren, was die Zivilbevölkerung dort seit Monaten erträgt: Hunderttausende Menschen müssen bei **Minusgraden ohne Strom, ohne Wasser oder ohne Heizung** frieren. Vor allem auf der östlichen Seite des Dnipro-Flusses, der die Hauptstadt Kyjiw teilt, sind riesige Plattenbauviertel betroffen. Man muss sich das so vorstellen, als würden in Berlin ganze Großbezirke wie Marzahn oder Hellersdorf – mit jeweils Hunderttausenden Einwohnern – über Wochen hinweg gleichzeitig von Strom, Wasser und Heizung abgeschnitten sein. Auch jetzt, während wir darüber sprechen, versuchen dort Zehntausende Menschen bei teils zweistelligen Minustemperaturen zu überleben. In der zweitgrößten Stadt Charkiw ist die Lage nicht anders.

Ich habe mit Familien gesprochen, die oft 10, 15 oder mehr Etagen durch dunkle Treppenflure hochlaufen müssen, um ihre Wohnungen zu erreichen. Ruslana, eine alleinstehende Mutter, die vor knapp 4 Jahren aus Mariupol geflüchtet war und mit ihren 5 kleinen Kindern in der 17. Etage eines alten Plattenbaus lebt, muss mit ihnen das nötige Wasser fürs tägliche Waschen, Kochen oder zum Trinken zu Fuß hochschleppen. Vor allem für alte Menschen werden solche Herausforderungen zu einem unüberwindbaren Hindernis. Sie können ihre Wohnungen gar nicht mehr verlassen, weil Aufzüge nicht funktionieren oder die Gefahr besteht, darin stecken zu bleiben. Niemand weiß bis heute, wie viele Menschen ihre Wohnungen seit Monaten nicht verlassen haben oder darin sogar erfroren sind.

Diese Situation macht deutlich, wie **wichtig Katastrophen- und Bevölkerungsschutz in Notlagen** sind, und wie wichtig nachbarschaftliche Unterstützung ist. Die Kyjiwer Stadtverwaltung hat zusammen mit Hilfsorganisationen mehr als 1.300 Wärmepunkte in der Stadt eingerichtet. Dort können sich Menschen aufwärmen, etwas Tee trinken oder eine warme Suppe essen. Diese sogenannten Resilienz-Orte bieten die essenziellen Dinge, um zu überleben und den schier endlosen Albtraum zu überstehen, der seit dem Einbruch der Kälte die

Menschen verfolgt. Wir alle haben noch den Blackout in Berlin im Gedächtnis, der tagelang das bestimmende Thema war. In der Ukraine ist das kein einzelnes Ereignis: Ausfälle von Strom, Wasser und Heizung betreffen große Teile des Landes über Monate hinweg und bestimmen das Leben von Millionen Menschen. Der Ausnahmezustand ist Alltag geworden.

Russland hat laut ukrainischen Behördenangaben seit Beginn der Heizperiode von Oktober bis Mitte Januar **mehr als 250 Heiz- und Stromkraftwerke, Umspannwerke und weitere Energieanlagen in der Ukraine beschossen**. Das Ziel ist eindeutig: Die Menschen sollen am Ende des vierten Kriegsjahres weiter zermürbt und gebrochen werden. Die Winterkälte dient dabei als Waffe. Menschen drohen in Wohnungen zu erfrieren. Sie sind aufgefordert oder gezwungen, ihre Häuser und Wohnungen zu verlassen und anderswo Schutz zu suchen.

Diese anhaltenden Angriffe auf zivile Infrastruktur stellen eine **Verletzung des humanitären Völkerrechts** dar und verursachen unverhältnismäßiges Leid für die Zivilbevölkerung. Vom Ausmaß dieses Leids konnte ich mich selbst überzeugen. Deshalb möchte ich betonen: Das humanitäre Völkerrecht muss jederzeit geachtet und umgesetzt werden. Insbesondere der Schutz der Zivilbevölkerung sowie ziviler Einrichtungen ist eine zwingende völkerrechtliche Verpflichtung. **Gespräche zwischen Russland und der Ukraine dürfen den Schutz der Zivilbevölkerung nicht zur Verhandlungsmasse machen** – er steht nicht zur Disposition, sondern ist völkerrechtliche Pflicht der Konfliktparteien.

Ich habe mich auch davon überzeugen können, wie wichtig Humanitäre Hilfe war, ist und bleibt. Nach vier Jahren des Krieges, der die gesamte Ukraine betrifft, sind es nationale und internationale Organisationen, die wesentlich dazu beitragen, dass Menschen aus Kriegsgebieten evakuiert und an sicheren Orten untergebracht werden. Doch diese Hilfe ist derzeit gefährdet wie nie zuvor. Global werden die Mittel für humanitäre Hilfe gekürzt. Der Rückzug der USA und die erheblichen Haushaltskürzungen der vergangenen zwei Jahre bei der Humanitären Hilfe in Deutschland reißen massive Finanzierungslücken in Hilfsprogramme. Das ist verheerend, denn **2025 gilt laut den Vereinten Nationen als eines der tödlichsten Jahre für die Zivilbevölkerung in der Ukraine**. Im vergangenen Jahr sind in von der Ukraine gehaltenen Landesteilen fast 2.400 Zivilisten getötet und 11.800 verletzt worden. Nur 2022 war verheerender.

Unabhängig davon steht die humanitäre Hilfe vor einem anderen Problem, nämlich der stark sinkenden Finanzierung. 2022 standen dem Land und den Menschen noch rund 3,2 Milliarden

Euro für humanitäre Hilfe zur Verfügung. Im vergangenen Jahr war diese Summe bereits auf umgerechnet rund 1,24 Milliarden Euro geschrumpft – trotz der immensen Herausforderungen, die sich in diesem Winter noch verschärft haben.

Deutschland und europäische Staaten spielen eine wesentliche und vor allem wachsende Rolle bei der Finanzierung der humanitären Hilfe in der Ukraine. Jüngste Zahlen des Kiel Institute für Weltwirtschaft belegen, dass die Mittel für finanzielle und humanitäre Hilfe aus dem EU-Raum im Jahr 2025 um 59% angestiegen sind. Damit versucht Europa, die Lücke, welche die USA hinterlassen haben, zu schließen. **Leider ist das nicht gelungen.** 2025 fiel die Hilfe geringer aus als noch 2024. Dem gegenüber stehen fast 11 Millionen Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. 3,4 Millionen Menschen sind innerhalb des eigenen Landes vertrieben. Deshalb darf das Engagement Europas und auch Deutschlands nicht nachlassen. Im Gegenteil. Denn Sicherheit in der Ukraine und für die Ukraine bedeutet auch, dass Menschen im Winter nicht erfrieren oder fliehen müssen. Zivile und humanitäre Maßnahmen sind unersetzlich. Die jüngsten Kürzungen bei der humanitären Hilfe in Deutschland setzen hingegen mehr Menschenleben aufs Spiel.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.